

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Petersburg, 29. Mai.** Das „Journal de St. Petersburg“ druckt die von dem „Glas“ veröffentlichte Proclamation ab, die sich als den „geheimen Willen des Kaisers“ zu erkennen giebt, und die Bauern zur Ermordung der Katholiken zu ermuntern bezieht, und fügt hinzu: „Das drückt ein Blatt, welches den Anspruch macht, ein ernsthaftes zu sein.“

**Petersburg, 31. Mai.** Das „Journal de St. Petersburg“ beantwortet die Artikel der „Patrie“ und der „Morningpost“, welche die von den Russen in Polen verübten Grausamkeiten besprechen, und bezeichnet dieselben, indem es die wirklichen Thatfachen darlegt, als lächerlich.

**Kopenhagen, 31. Mai.** Nach der „Berlingschen Zeitung“ sind in einer gestern Vormittag begonnenen und Abends fortgesetzten Sitzung des geheimen Staatsrathes die letzten Hindernisse bezüglich der Annahme des griechischen Thrones seitens des Prinzen Wilhelm beseitigt worden.

**Lemberg, 29. Mai.** Nachrichten aus Larnopol von heute Morgen zufolge sind gestern Mittag an der tarnopoler Kreisgrenze 200—300 Mann Insurgenten erschienen und haben 6 russische Grenzposten zu Siczasniowka, Balicynce und Nowagrobisja gefangen.

Laut eines Telegramms aus Larnopol von heute Vormittag sind um Mitternacht circa 300 berittene Insurgenten unter Hoxdy über Balicynce nach Galizien eingedrungen und lagern zwischen Balicynce und Tofi. Wegen Enttarnung der Uebergetretenen wurde das Nöthige verfügt.

**Turin, 29. Mai.** Der neue Kammer-Präsident hielt in der heutigen Sitzung eine Rede, in welcher er sagte: Er erkenne in seiner Ernennung eine von der Kammer den politischen Prinzipien Cavours, dessen Mitarbeiter er gewesen sei, dargebrachte Huldbildung an. (Beifall.) Die Kammer beauftragt den Präsidenten, eine Commission zu ernennen, welche die Antwort auf die Thronrede des Königs entwerfen soll.

**Turin, 30. Mai.** Die erste Serie der von der Kammer mitgetheilten diplomatischen Documente umfaßt die Correspondenz der Minister Jasinini und Visconti mit dem Gesandten Nigra in Paris über die Beziehungen des Königreichs Italien zu den päpstlichen Staaten. Italien reclamirt die guten Dienste Frankreichs wegen Aufhören der ungeseligen Behandlung, welcher die italienischen Schiffe in Civitavecchia und Porto d'Anzio unterworfen sind. Die päpstliche Regierung hat den Reclamationen Italiens nicht entsprochen; der italienische Minister wird gezwungen sein, zu Repräsentanten seine Aschuld zu nehmen. Jasinini zeigt einige von der päpstlichen Regierung an italienischen Häfen begangene Mißbräuche an. In einer Note vom 21. April entwickelt Visconti die Brigantentfrage. Er bietet an, die Militärconvention vom 11. September 1861 mit Frankreich zur Unterdrückung des Brigantentums zu erneuern. Er ruft die Vermittlung Frankreichs wegen Entfernung des Königs Franz II. aus Rom an.

**Turin, 30. Mai.** Die Journale veröffentlichten Privatdepeschen aus Neapel, welche Folgendes melden: Gestern begegnete die Fregatte Garibaldi in den Gewässern von Lecce zwei mit albanesischen Räubern gefüllten Schiffen. Eines davon wurde in den Grund gebohrt, das andere wurde gekapert. Die ergriffenen Briganten wurden in den Festungen von Lecce und Brindisi eingesperrt.

## Preußen.

**Berlin, 30. Mai.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Den großh. bairischen Geh. Rath und Professor Dr. Rittermayer zu Heidelberg, den Geh. Regierungsrath und Professor Dr. Friedrich v. Raumer zu Berlin und den Professor und Bildhauer Franz Drake ebendasselbst, nach stattgehabter Wahl, zu stimmungsfähigen Rittersn, sowie den General Jean Victor Poncelet zu Paris, den Geologen Sir Charles Lyell zu London, den Orientalisten Fink zu Dublin und den Historienmaler Jean Hippolyte Flanrin zu Paris zu auswärtigen Rittersn des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste; ferner den Kaufmann Ferdinand Hackradt in Desterro zum Consul daselbst zu ernennen.

Zu Neurolde, im Regierungs-Bezirk Breslau, zu Pr. Stargard, im Regierungs-Bezirk Danzig, und zu Pyrmont, in der zum Fürstenthum Waldeck gehörigen Grafschaft Pyrmont, werden am 1. k. M. preussische Telegraphen-Stationen mit beschränktem Tagesdienste (s. § 4 des Reglements für die telegraphische Correspondenz im deutsch-österreichischen Telegraphen-Bereich) eröffnet werden.

[Se. M. der König] nahmen heute die Vorträge des General-Lieutenants und General-Adjutanten Frhrn. v. Manteuffel, des Wirkl. Geh. Raths, Geh. Cabinets-Raths Maire und des Minister-Präsidenten, so wie — in Gegenwart des Commandanten — die Meldungen des General-Lieutenants v. Othegraven, der General-Majors v. Jacobi und von Le Blant-Souville, des Obersten Grafen Dohna und des kais. französischen Militär-Bevollmächtigten, Grafen v. Clermont, entgegen.

[Die Ratification der unter dem 4. April d. J. in Hamburg abgeschlossenen Verträge wegen der Elbzölle] ist allseitig erfolgt. Der Austausch der Ratifications-Urkunden der Vereinbarungen zwischen Preußen, Desterreich, Sachsen, Anhalt-Desau-Röthe, Anhalt-Bernburg und Hamburg wegen Verwaltung und Erhebung des gemeinschaftlichen Elbzölle zu Wittenberge hat heute zwischen dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn v. Bismarck, und den Vertretern der übrigen beteiligten Staaten hier stattgefunden.

[Militär-Wochenblatt.] v. Othegraven, Gen.-Major und Commandeur der 24. Inf.-Brig., unter Verleihung des Char. als Gen.-Lt., zum Commandanten von Breslau ernannt. v. Bjanowski, Oberst und Commandeur des Leib-Gren.-Regts. (1. Brandenb.) Nr. 8, unter Stellung à la suite dieses Regts., mit der Führung der 24. Inf.-Brig., v. Berger, Ob.-Lt. vom 2. Garde-Regt. à. F., mit der Führung des Leib-Gren.-Regts. (1. Brandenb.) Nr. 8, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. Krieff, Gen.-Maj. und Commandant von Breslau, als Gen.-Lt. und mit Penf. in den Ruhestand versetzt.

[Den Prinzen Wilhelm von Baden,] welcher sich hier nicht bloß als Großmeister der Loge Royal-York, sondern in weiteren Kreisen vielfach Liebe erworben hatte, sieht man höchst ungern von Berlin scheiden, findet aber die Entfernung dieses freisinnigen Prinzen sehr begreiflich.

[Aussicht auf Maßregelungen.] Im Staatsministerium finden, wie das „Pr. Volksbl.“ hört, gegenwärtig Beratungen über entschieden wichtige Schritte statt, welche in Folge der Schließung des Landtages in Aussicht genommen worden sind. Im Vorbergründe scheinen eventuelle in Bezug auf die Presse zu ergreifende Maßregeln zu stehen, doch verlautet zur Zeit noch nichts Bestimmtes darüber. Während von einer Seite durch Wiederaufhebung des betreffenden Gesetzes die Wiederherstellung der Concessionsverleihung auf administrativem Wege erwartet wird, nimmt man andererseits an, daß es sich nur um eine Schärfung der Bestimmungen des Preß- und Straßengesetzes, sowie um eine strengere Handhabung der Vorschriften dieser Gesetze in Bezug auf die Presse handle.

[Der Gebrauch der Karlsbader Quellen] ist Sr. Majestät dem König dringend von den Aerzten angerathen worden; die letzteren haben ihre dahin gehenden und schon vor etwa 14 Tagen gemachten Vorstellungen gestern erneuert. Uebrigens will es der Zufall, daß eine Anzahl hervorragender Mitglieder des Abgeordnetenhauses gleichfalls im Laufe des Juni auf ärztlichen Rath Karlsbad besuchen. In erster Reihe sind hier der allverehrte Grabow, dann v. Unruh und Kosch zu nennen. — Sr. Majestät der König soll sich jetzt endgültig für die Kur in Karlsbad entschieden haben. Bemerkenswerth ist die hier eingetroffene Nachricht, daß auch dem Kaiser von Desterreich wegen einer Leber-Affection, gegen welche der Sprudel besonders wirksam ist, der Gebrauch von Karlsbad angerathen sein soll.

[Aus den letzten Minister-Sitzungen.] Nachträglich erfährt man, daß es in den Minister-Sitzungen vom Montag und Dienstag voriger Woche, welche den Schluß des Landtages zur Folge hatten, sehr heiß hergegangen und die Eintheiligkeit des Beschlusses mit großer Mühe bewerkstelligt worden ist. Entschieden waren nur, unsern Mittheilungen zufolge, Hr. v. Bismarck und Hr. v. Roon. Der Finanzminister v. Bodelschwingh soll sehr bedenklich gewesen und — geblieben sein. Man sagt, derselbe habe sich erklärt, sein Portefeuille nur so lange behalten zu wollen, bis ein geeigneter Nachfolger gefunden ist.

[Thätigkeit des Ministeriums.] In den Ministerien pflegt bei regelmäßigem Verlauf der Landtagsberatungen, nach deren Schluß ein gewisser Stillstand einzutreten. Bei der jetzigen Lage der Dinge ist es umgekehrt, es herrscht augenblicklich in allen Ressorts eine Regsamkeit, als stände man vor dem Beginn, nicht dem Ende einer Kammer-Session. Diese Thätigkeit soll zuerst mit den großen Maßnahmen in Verbindung stehen, welche die Regierung in Bezug auf Abänderung des Wahlgesetzes (!!) re. projectirt hat.

[Ueber die bekannte Maßregel gegen die Stadtverordneten-Versammlung in Königsberg] wird der „Danz. Ztg.“ unter dem 27. Mai von dort folgendes Nähere berichtet: „Auf den Antrag von 25 Mitgliedern war heute die Stadtverordneten-Versammlung zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um über eine Petition an den König im Sinne der Adresse des Abgeordnetenhauses zu beraten und eventuell Beschluß zu fassen. Die Versammlung wurde indeß, wie gemeldet, seitens der hiesigen königlichen Regierung durch eine an den Vorsteher gerichtete Verfügung inhibirt, welche ausführte, daß die Versammlung gleich nicht befugt wäre, über andere als Communal-Angelegenheiten, namentlich über politische, zu beraten und schließlich zu erkennen gab, daß Veranlassungen getroffen wären, um die Versammlung, wenn sie dennoch stattfinden sollte, durch polizeiliches Einschreiten aufzulösen. Demzufolge fanden die Stadtverordneten, als sie sich zur festgesetzten Stunde versammelten, an der Thüre des Sitzungszimmers einen (bereits mitgetheilten) Anschlag, durch welchen sie benachrichtigt wurden, daß die Versammlung in Folge höherer Anordnung unterbleiben müsse, und entfernten sich, ohne getagt zu haben. Es wird nun Sache des Magistrats sein, zu prüfen, ob die Einmischung der Regierung eine berechtigte war, und den Weg der Beschwerde zu betreten. Unseres Erachtens ist das Verfahren der Regierung durch die Bestimmungen der Städteordnung und der Verfassungs-Urkunde nicht zu begründen. Denn die Städteordnung spricht im § 77 der Regierung nur das Recht zu, die Ausführung von Beschlüssen der Stadtverordneten, welche ihre Befugnisse überschreiten, zu inhibiren, es müssen also solche Beschlüsse wirklich gefaßt sein; hier war noch kein Beschluß gefaßt; es war auch noch nicht mit Bestimmtheit vorausgesehen, daß ein Beschluß im Sinne der Antragsteller zu Stande kommen würde; das Verbot galt also nur einer dem äußeren Vernehmen nach beabsichtigten Beschlußfassung. Die zweite Frage, ob die Stadtverordneten-Versammlung durch die Beratung und Annahme einer Petition ihre Befugnisse überschreitet, ziehen wir dabei zunächst noch gar nicht in Betracht.“

Der vorstehend erwähnte Artikel 35 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 lautet: „Ueber andere als Gemeinde-Angelegenheiten dürfen die Stadtverordneten nur dann beraten, wenn solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörde an sie gewiesen sind.“ Indessen steht nach Artikel 32 das Petitionsrecht allen Preußen zu, und Petitionen unter einem Gesamtamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet. Eine Stadtverordneten-Versammlung im Voraus zu verbieten, ist die Regierung nach der Städteordnung in keinem Falle berechtigt. „Wenn die Stadtverordneten einen Beschluß gefaßt haben, welcher deren Befugnisse überschreitet, gesetz- oder rechtswidrig ist, oder das Staatswohl verlegt,“ sagt § 71 der Städteordnung, „so ist die Aufsichtsbehörde eben so befugt als verpflichtet, den Vorstand der Stadtgemeinde zur vorläufigen Beaufsichtigung der Ausführung zu veranlassen.“ Die weitere Entscheidung der Regierung ist dann vorbehalten.

[Joel Jacoby.] Heute ist hier die Nachricht von dem Tode des Geheimen Ranzlei-Rathes Dr. Jacoby eingetroffen. Der Verstorbenen, in der literarischen Welt unter dem Namen Joel Jacoby bekannt geworden, befand sich seit etwa acht Tagen in Karlsbad; dort hat ihn der Tod ereilt. Nach unserer Schätzung wird er sein Alter auf etwa 55 Jahre gebracht haben. Seine literarische und amtliche Wirksamkeit ist oft Gegenstand einer selten beifälligen Kritik geworden, sein Privatcharakter gewann ihm nichts desto weniger in allen Parteien zahlreiche Freunde, deren Zuneigung er sich durch ein reiches Talent, gefällige Tugenden und seine Bereitwilligkeit zu wohlwollender Verwendung, für welche seine bis in die höchsten Kreise hinaufreichenden Verbindungen ihm stets erfolgreiche Gelegenheit eröffneten, bis zuletzt zu erhalten wußte.

[Die jetzige Stellung des preussischen Botschafters Grafen v. d. Goltz] in Paris ist begreiflich eine sehr schwierige und dabei höchst unangenehme. Ebenso verhält es sich zur Zeit mit dem preussischen Botschafter in London, dem Grafen v. Bernstorff. Beide Diplomaten sollen gesonnen sein, sich unter den jetzigen Verhältnissen von ihrem Amt entbinden zu lassen.

K. C. Berlin, 30. Mai. [Der Zeugenzwang.] Der Bericht der Justizcommission des Abgeordnetenhauses über den Antrag des Abg. John (Lubau), betreffend die Befreiung des Zeugenzwanges ist erschienen. Hies. Abg. Lue: Ueber die Stellung der Regierung zu dieser Frage sagt der Bericht: Der Commissar des Justizministers „erkannte ein Bedürfnis zu dem vorgeschlagenen Gesetze nicht an, indem es nicht zweckmäßig erscheine, einzelne gesetzliche Verfügungen aus einem Ganzen herauszunehmen und Änderungen derselben zu beabsichtigen, zumal jetzt, wo bei der allgemeinen Revision der bestehenden Gesetzbücher, welche die Staatsregierung in der Arbeit habe, auch der angeregte Punkt seine Erledigung finden werde.“

Wenn er sich de lege ferenda äußern wolle, so gestehe er zu, daß ein Zeuge wegen verweigerten Zeugnisses nicht auf unbeschränkte Zeit in Haft gehalten werden dürfe, sondern daß ein vernünftiges Verhältniß stattfinden müsse zwischen dem Maß des Zwanges und dem, was durch denselben erreicht werden solle.“ Im Uebrigen sprach er nicht mit Bestimmtheit aus, wie sich die Staatsregierung gegen den Entwurf stelle, ob sie ihm beistimme oder nicht. — In der Commission hat sich „bald die einstimmige Ueberzeugung herausgestellt, daß das Bedürfnis einer Änderung vorhanden sei und das Gesetz für den gegenwärtigen Stand der Kriminal-Gesetzgebung nicht mehr passe, daß die ungemessenen Folgen der Verweigerung des Zeugnisses in bestimmte und begrenzte verwandelt werden müßten, daß also eine Beschränkung nothwendig sei.“ Man hat in dieser Beziehung ausgeführt: „Das System der Kriminalordnung von 1805 sei das damals in ganz Deutschland übliche Inquisitionsprincip, welches das ganze Verfahren, sowohl gegen den Beschuldigten als den Zeugen durchdringe. Indem dieses Verfahren die Herstellung einer materiellen Wahrheit erstrebe, habe es auch vom Beschuldigten die Forderung dieser Wahrheit verlangt und das Ziel der Untersuchung sei die Ablegung eines Geständnisses gewesen, das in früheren Zeiten sogar durch die Tortur erzwungen wurde. Ganz consequent mit diesem letzten Ziel jeder Untersuchung habe man die Pflicht, die Erforschung der Wahrheit zu befördern, auf alle Staatsbürger ausgeübt, die irgend im Stande waren, zu dessen Erreichung beizutragen. Es bestie daher ein innerer Zusammenhang zwischen der Aufgabe, vom Beschuldigten ein Geständnis zu erlangen und dem unbeschränkten Zwange gegen jeden als Zeugen Verurtheilten, der die Ablegung und Vertheidigung seines Zeugnisses verweigere. Das Verhältniß zwischen der Staatsgewalt und dem Beschuldigten sei durch die Verordnung vom 3. Jan. 1849 wesentlich geändert, indem die Verurtheilung den Inquisitionsprozeß abschaffe. Gegen den Angeklagten seien die bisherigen Mittel der Inquisition, d. h. der Erlangung eines Geständnisses nicht mehr möglich und ausführbar. Auch bestimme der § 18 ausdrücklich: „Zwangsmittel jeder Art, durch welche der Angeklagte zu irgend einer Erklärung gezwungen werden soll, sind unzulässig.“ Diese veränderte Stellung des Angeklagten müsse eine andere Folge gegen den ungehorsamen Zeugen herbeiführen, denn es sei keine Consequenz darin, gegen den Beschuldigten jede Art des Zwanges zu verbieten und unbeschränkte Mittel des Zwanges gegen den Zeugen zu gestatten. Die nothwendige Folge sei, daß die unbeschränkten Zwangsmittel in begrenzte nach Zeit und Maß verwandelt werden müßten. Ferner: „Es sei eine Widersinnigkeit, den ungehorsamen Zeugen einer endlosen Gefängnisstrafe zu unterwerfen, während der Gegenstand der Untersuchung möglicherweise ein unbedeutendes Polizeivergehen oder eine Klage im Disciplinarverfahren sei. Auch sei der unbegrenzte Zwang zum Zeugnisse im Anklageprozeß nicht mehr ausführbar, denn wenn ein Zeuge vor dem Schwurgericht die Ablegung des Zeugnisses verweigere, so könne der Angeklagte nicht darauf warten, bis die Zwangsmittel ihre Wirkung gethan hätten; da das Gericht, die Geschworenen, die Ankläger und die Zeugen gegenwärtig seien, also kein formelles Hinderniß der Verhandlung entgegenstehe, so brauche er sich eine Verurteilung nicht gefallen zu lassen, und er verlange mit Recht, daß ihm sein Urtheil gesprochen werde. Dasselbe Verhältniß trete auch für die Untersuchung ein, die der Anklage vorausgehe. Wenn auch das Ende der Untersuchung nicht so sicher vorausgesehen werden könne, wie der Tag des Urtheils bei Verhandlung einer Anklage, so widerspreche doch der Beschuldigte mit Recht der Verlängerung seiner Untersuchungshaft auf die unbestimmte Zeit, während welcher man Experimente gegen den ungehorsamen Zeugen mache. Seit der Abschaffung des Inquisitionsprozeßes sei in allen Theilen der verschiedenen Länder Deutschlands das Princip des unbeschränkten Zeugenzwanges verlassen, und ein Maximum der Geldbuße und Gefängnisstrafe festgesetzt.“ — Bei dieser principiellen Uebereinstimmung sind im Einzelnen die Ansichten vielfach auseinandergegangen; schließlich ist, unter Verwerfung aller sonstigen Anträge, der Simon'sche Vorschlag, zu § 312 den Zusatz zu machen: „die Geldbuße darf die Summe von 100 Thalern, die Gefängnisstrafe eine Zeit von 6 Monaten nicht überschreiten“, mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen. — In der letzten Sitzung der Commission hat der Regierungs-Commissar erklärt, „er sei nicht autorisirt, eine zukünftige Erklärung der Staatsregierung zu den Vorschlägen, welche in der vorigen Sitzung beraten worden, abzugeben, da die Staatsregierung sich ihre Beschlüsse für die ferneren Stadien der Beratung vorbehalten müsse.“

**Bromberg, 30. Mai.** [Der Kronprinz. — Berichtigung.] Das General-Commando der hiesigen Provinz ist benachrichtigt worden, daß Se. königl. Hoheit der Kronprinz in den ersten Tagen der künftigen Woche die Truppen an der Grenze inspiziren werde. Nach einer Privatnachricht wird Se. königliche Hoheit wahrscheinlich Sonntag, den 31. d. Mts., in Bromberg eintreffen, also am Jahrestage der Enthüllung des Friedrich-Denkmals. Die Nachricht ist jedoch ungewiß, da andererseits berichtet wird, daß die Reise des Kronprinzen von Rakel über Wargowitz nach der Grenze und von dort nach Thorn gehen soll.

Die „Vant- und Handels-Zeitung“ brachte zuerst die bald darauf vom „Staatsanzeiger“ dementirte Nachricht, daß zur Verproviantirung der rheinischen Festungen 150,000 Ctr. Mehl aus Thorn abgegangen seien. Jetzt schreibt man der „Rdn. Ztg.“ aus Königsberg, diese Nachricht sei mit der Modification aufrecht zu erhalten, daß der Transport aus 200,000 Centnern bestehe und der Abgangsort nicht Thorn, sondern Bromberg sei, woselbst sich die großen Mühlenwerke der Seehandlung befinden. — Die Nachricht sowohl der „V. u. H.-Z.“, wie auch der „Rdn. Z.“ ist unrichtig, der Datumbestand folgender: Die hiesigen, sehr bedeutenden königl. Magazine versorgen alljährlich im Frühjahr die verschiedenen Rhein- und andere Festungen mit Dauer-Vorrathsmehl. In diesem Jahre sind aus dem hiesigen Magazin zwischen 15—16,000 Ctr. Mehl abgegangen, und zwar nicht wie in anderen Jahren über Stettin, sondern über Danzig. Diese Veränderung der Transportlinie mochte zu obigen Uebertreibungen Anlaß gegeben haben. — Die hiesigen der Seehandlung gehörigen Mühlen haben keine Mehllieferungen gehabt. (Bromb. Z.)

**Spdtkuhnen, 29. Mai.** [Warnung.] Seit heute sieht man in allen Wagen der hier ankommenden russischen Eisenbahnzüge einen Anschlag, in welchem in russischer, französischer und deutscher Sprache die Reisenden gewarnt werden, den Kopf zum Fenster hinauszustrecken; — für die Folgen der Nichtbeachtung dieser Warnung sei die Eisenbahnverwaltung nicht verantwortlich. — Die russischen Zugführer meinen nicht anders, als daß diese Warnung nur erlassen sei, weil die Züge in der letzteren Zeit mehrfach von Insurgenten beschossen worden seien und man das Publikum gegen die Gefahr, von ihnen getroffen zu werden, dadurch zu schützen gedenkt. — Die Lust zum Reisen in Rußland wird diese Warnung gerade nicht steigern. (Pr. Z. Z.)

**Gumbinnen, 30. Mai.** Heute Morgen mit dem Frühzuge kamen die Abgeordneten, Regierungsrath Haacke und Gutsbeiger Frenzel-Pertallen, hier an. — Herr v. Bodum-Dolfs traf so eben, Abends 6 Uhr, mit dem Schnellzuge hier ein, und wurde von dem auf dem Bahnhofe sehr zahlreich versammelten Publikum aus allen Ständen unserer Stadt und Umgegend mit wiederholten enthusiastischen Hochs empfangen. (Pr. Litt. Z.)

**Köln, 29. Mai.** [Adresse an den König.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung stellte ein Mitglied den Antrag: es möge derselben im Hinblick auf die kritische Lage unseres engeren Vaterlandes gefallen, eine Commission zu ernennen, um eine erfurthsvolle Adresse an den König zu entwerfen, mittels welcher die Versammlung ihre Besorgnisse und Ueberzeugungen freimüthig ausspreche; es sei eine solche Adresse jetzt, wo es kein Organ mehr gebe, die Stimme des Landes an den Thron zu bringen, bringend geboten, und der Stadt Köln geizime es, hietin den übrigen Städten der Provinz voranzugehen. Der Vorsitzende, Beigeordnete Rennen, er-



